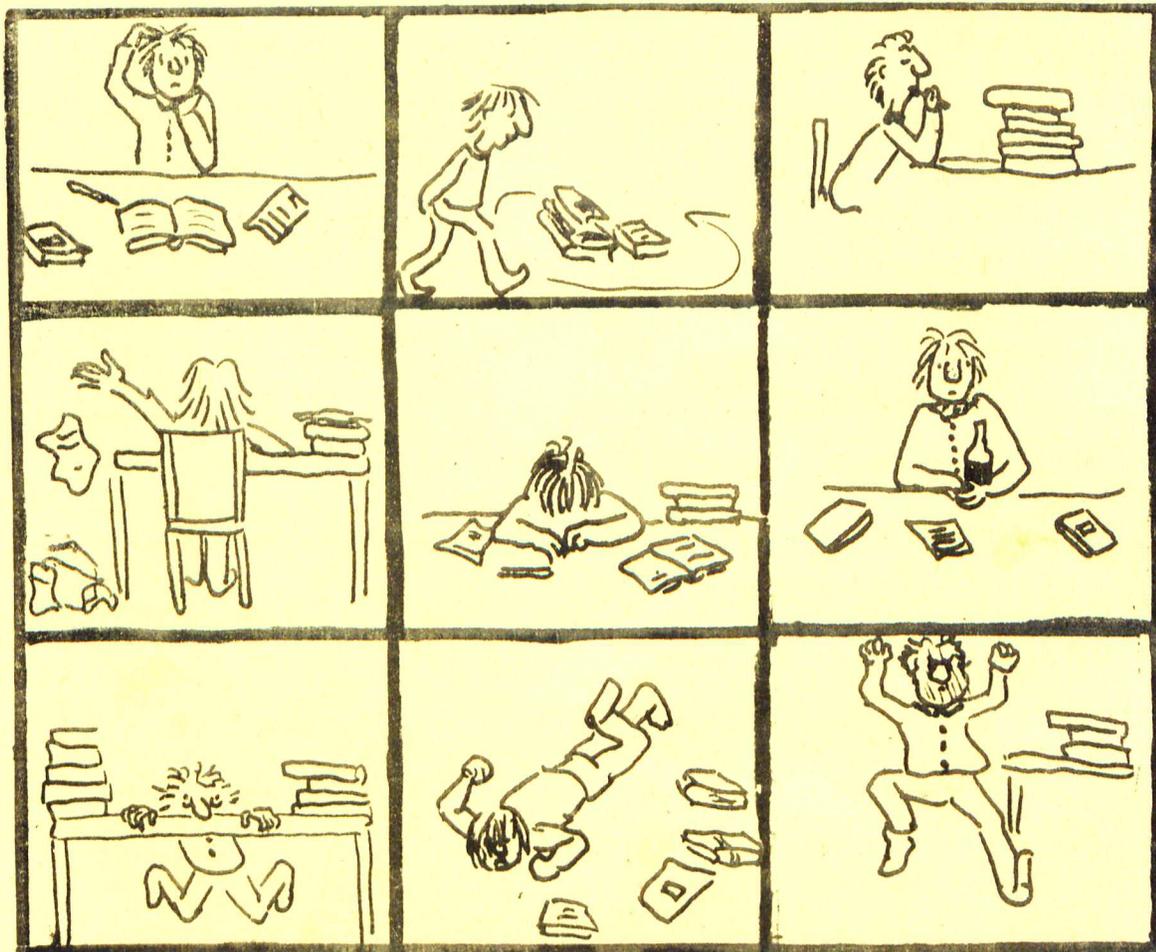


# Gemeinsam ins

# EXAMEN



**Für alle, die mal Lehrer werden wollen**

## Inhalt:

NC - EINE SCHÜRFWUNDE ?	1
STUDIUM-EXAMEN-REFERENDARIAT IN WESSEN INTERESSE ?	5
PRÜFUNGSDRUCK UND POLITISCHE GESINNUNGSSCHNÜPFLEI IM EXAMEN	7
WIE ORGANISIEREN WIR UNS IM KAMPF GEGEN POLITISCHE DISZIPLINIERUNG IM EXAMEN ?	12

Von Mitgliedern  
des ehemaligen  
Komitees "Kampf  
dem NC am Stu-  
dienseminar"  
( Unterstützt  
von der SSG )

**20 Pf.**

Wir wollen mit dieser Broschüre einen Ansatz zur Auseinandersetzung mit dem Examen, den aktuellen Fragen, diesich daran stellen, leisten. Wir wollen Fragen aufwerfen wie die nach der Funktion des Examens überhaupt, sagt es etwas über unsere Qualifikation als Lehrer aus, betrifft politische Disziplinierung nur einzelne oder so ziemlich jeden, der einen fortschrittlichen Anspruch an seine Berufspraxis stellt, wie stellt sich das Problem des NC am Studienseminar jetzt für uns.

Wir greifen dabei zurück auf bestimmte Erfahrungen und Auswertungen von Unterlagen des NC-Komitees, das im letzten Semester zu diesen Fragen gearbeitet hat und wollen damit zugleich einen weit verbreiteten Fehler aufbrechen: immer wieder werden Aktivitäten am Punkte Null gestartet, in denen aber weder genügend inhaltliche Klarheit geschaffen wird, noch sich genügend Leute aktiv beteiligen, als daß sie mehr sein könnten als ein kurzfristiges Aufbugehren. Was ist aus dem NC-Komitee geworden? Es hat sich verläppert, teils sind die Mitglieder jetzt im Studienseminar, teils haben sie sich anderen Aufgaben zugewendet. Übriggeblieben ist ein halbes Dutzend Leute, die sich bemüht haben, ihre Arbeit vom letzten Semester kritisch zu reflektieren, um gerade aus den gemachten Erfahrungen endlich mal etwas zu lernen.

Wir hoffen, damit eine Diskussion in Gang zu bringen, die uns in die Lage versetzen soll, handlungsfähig zu werden, die Basis zu schaffen, die es erst ermöglicht, von spontanen Aktionen wegzukommen, die gleich wieder zusammenbrechen.

"...Unsere Streichungen gehen zum Glück nicht ins Fleisch..."

## NC - eine Schürfwunde ???

Vor 2 Semestern führte die Behörde erstmals den NC am Studienseminar ein. Begründung:

"Zu den nächsten Einstellungsterminen werden sich voraussichtlich mehr Interessenten für den Vorbereitungsdienst des Lehramtes an Volks- und Realschulen bewerben, als Ausbildungsplätze im Studienseminar zur Verfügung stehen. Es wird daher leider nicht zu vermeiden sein, unter den Bewerbern eine Auswahl zu treffen."

(Brief der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung an den FB Erziehungswissenschaften vom 28.12.72)

Diese Maßnahme kam zu kurzfristig vor dem Einstellungstermin, als daß eine breite Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit gegen den NC noch herzustellen gewesen wäre - 23 Lehrerstudenten mit bestandenem Examen wurden nicht aufgenommen.

Im Mai wurde dann - im Rahmen der Stabilitätspolitik - der Neubau des Studienseminars aus dem Haushalt gestrichen.

"Unsere Streichungen gehen zum Glück nicht ins Fleisch, aber der Bürger wird sie bemerken. Auch in der Stabilitätspolitik gilt der Satz: man kann sich nicht waschen, ohne sich den Pelz naßzumachen."

(Bürgermeister Peter Schulz' Kommentar im Hamburger Abendblatt vom 30.5.73)

Zwar sieht sich die Behörde einen Monat später zumindest gezwungen, die Zahl der Plätze am Studienseminar aufzustocken, aber mit welchem Pferdefuß wird aus einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 12.6.73 deutlich:

"Der Senat beabsichtigt, die Zahl der Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Volks- und Realschulen zu erhöhen und zwar zum 1.8.73 um 60 (also auf insgesamt 390) und zum 1.2.74 erneut um 60 ... Zwar würden damit, wie die Mitteilung des Senates an die Bürgerschaft über "Ausbildung und Bedarf an Studienräten an Volks- und Realschulen" ausweist, mehr (!) Volks- und Realschullehrer ausgebildet, als für den Unterricht an den Hamburger Volks- und Realschulen nach den gegenwärtig anerkannten (von wem wohl!) Bedarfsgrundlagen benötigt werden. (!!)

Diese Volks- und Realschullehrer sollen jedoch fehlende Lehrer in den Gymnasien und berufsbildenden Schulen vorübergehend ersetzen...."



Dem wiederum zu erwartenden NC im SS wollte das NC-Komitee rechtzeitig entgegenarbeiten. Info-Tische und info-Bretter sollten dem ständigen Informationsaustausch und der Diskussion und Verbreitung unserer Arbeit dienen. Flugblätter wurden verteilt, ein go-in zur Schulbehörde organisiert (Zusatz) und die Ergebnisse veröffentlicht, sowie Kontakt zu Referendaren und Elterninitiativen aufgenommen. Die Schwierigkeiten jedoch, die Adressen der Examenkandidaten -als unabweisbar Betroffene- zu erfahren (sie würden uns sowohl auf PI als auch in der Schulbehörde verweigert), um sie anschreiben und informieren zu können, und die relativ geringe Bereitschaft (in Hochzeiten 40-50 Mann), aktiv mitzuarbeiten, obwohl unsere Arbeit in Diskussionen meist begrüßt wurde, führten mal wieder dazu, daß eine ziemlich geringe Zahl von Leuten die Arbeit trugen.

Im nachhinein haben wir uns gefragt, worauf diese ewige geringe Bereitschaft, selbst mal aktiv für was einzutreten, das man für richtig hält; zurückzuführen ist:

Ein Punkt unserer Arbeit stieß auf großes Interesse - die Forderung nach Recht auf Öffentlichkeit in den mündlichen Prüfungen. Um die ganze Prozedur (die später nochmal kurz geschildert wird), die uns von der Schulbehörde auferlegt wurde, abzukürzen, verfertigten wir Vordrucke von schriftlichen Anträgen und organisierten, wer bei wem in die Prüfung ging.

Wir hatten bei unserer Forderung nach Öffentlichkeitsrecht 2 Dinge im Kopf:

- zum einen wollten wir überprüfen, ob die Behörde -um Nachbesserung- eine möglichst kleine Zahl von nichtaufgenommenen Anwärtern vorm Studienseminar zu haben- zu verschärften Prüfungsdruck greifen würde, die entsprechende Zahl, die zuviel waren, einfach rausprüfen würde. Außerdem wollten wir politischer Gesinnungsschnüffelei, die unbequeme Leute zumindest aktenkundig machen sollte, entgegen arbeiten, indem wir solche Fälle in der Öffentlichkeit bekanntmachen wollten.

- zum anderen wollten wir den Leuten, die noch nicht selbst im Examen standen, die Möglichkeit verschaffen, sich über Verlauf und Inhalt von Prüfungen ein Bild zu machen.

Letzteres erwies sich als elementares Interesse vieler Studenten, so daß mehr an den Prüfungen teilnehmen wollten, als Prüfungskandidaten, die in ihrer Prüfung jemanden dabei haben wollten, da waren.

Die andere Sache aber schien erstmal nur in unseren (Komitee-)köpfen als relevant angesehen zu werden.

Warum haben die Kommilitonen, die in die Prüfungen gegangen sind, nicht auch an anderen Sachen im Komitee mitgemacht?

Warum hat ein großer Teil der Examenkandidaten genau den Weg eingeschlagen, den die Behörde erhoffte, den Weg der Individualisierung und der Konkurrenz, in der Einschätzung, daß nur die eigene individuelle Arbeit sie vor dem NC am Studienseminar bewahren könne?

Unserer Meinung nach ist dies zurückzuführen auf die mangelnde Kontinuität der Diskussion während des Studiums, durch die wir uns Klarheit verschaffen können über unsere Ausbildung und welchen Interessen sie dient, welche Inhalte und welche Formen uns vermittelt werden und wozu, über das Examen und welche Funktion es erfüllen soll und vor allem über die konkrete heutzutage Situation an der Schule und den Konflikten, denen jeder

Lehrer ausgesetzt ist, der Lehrer-Sein nicht mit einem lauen Job mit vielen Ferien verwechselt.

Wir fangen im Examen an, über das Examen nachzudenken, wir diskutieren über den NC, wenn er schon da ist, übers Studienseminar erst im Studienseminar usw.

Es herrscht keine inhaltliche Klarheit, es werden keine Resultate aus Auseinandersetzungen gewonnen, auf die wir uns im konkreten Fall stützen können und diese inhaltliche Unklarheit zieht notwendigerweise auch die Unklarheit über das Vertrauen nach sich: wir sind isoliert voneinander und haben kein Vertrauen in die (selten erfahrene) Solidarität, das erzeugt Angst.

Konkret erfahrbar war diese Angst auch bei vielen Examenskandidaten, die uns sagten, warum sie niemanden in der Prüfung haben wollten:

- Angst, sich vor den Kommilitonen zu blamieren
- Angst, durch den Antrag auf Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit der Prüfungsbehörde auf sich zu ziehen oder gar Ärger zu erregen und dann schärfer geprüft zu werden.

Wenn man aber zum einen sieht, daß man Disziplinierungen durch die Behörde ausgesetzt ist (warum sonst Angst?), andererseits aber meint, defensiv vorgehen zu müssen - wenigstens in der Prüfung - ist da irgendwo ein Fehlschluß: wenn ich sehe, da ist was beschissen, nützt das Nasezuhalten auch nicht viel, denn mal muß ich ja auch wieder Luft holen.

Absolutes "Wohlverhalten" schützt uns nicht vor Willkürmaßnahmen der Behörde und nach dem Examen wird es uns nicht leichter gemacht. Was können wir tun?

- einerseits Möglichkeiten schaffen, um eine kontinuierliche Diskussion zu führen, z.B. Seminarkollektive über Semester hinweg, die sich immer wieder teilen und in neue Seminare gehen
- mehr denn je auf unser Recht auf Öffentlichkeit pochen, der Behörde auf die Finger sehen, unsere Erfahrungen ständig austauschen und veröffentlichen.

Am Ende des Semesters stellte sich heraus, daß es diesmal keinen NC geben würde, sondern alle, einschließlich der vom letzten Semester, ins Studienseminar übernommen werden sollten.

- ? -

Am Komitee lag's sicher nicht in erster Linie, da wir wie ausgeführt nicht zu einer starken Bewegung unter Studenten, Examenskandidaten und Referendaren angewachsen sind. Aber zur gleichen Zeit wuchs unüberschbar unter Eltern, Schülern, Lehrern die Empörung über die Zustände an den Schulen. Die Hinhaltenaktik und das Geschwätz von Politikern vermochte in vielen Fällen nicht mehr zu verhindern, daß sie ihre Interessen selbst in die Hand nahmen und sich auch nicht durch Drohungen der Behörde (wie beim Schulstreik) davon abhalten ließen.

Nicht zuletzt die 10 000-Mann-Demo der AKK ließ deutlich werden, daß da eine Bewegung in Gang gekommen war, die "gefährliche" Ausmaße annahm. In dieser Situation, wo der NC am Studienseminar der Forderung nach mehr Lehrern ins Gesicht

schlug, konnte es nicht im Interesse der Behörde sein, die Bewegung um die Schulen durch die offene Nichteinstellung vorfertigen Lehrerstudenten noch anzuhetzen. So erweiterte die Schulbehörde die Plätze am Studienseminar auf 390. So griff sie zu subtileren Methoden: sie lockte mit 60 neuen Plätzen an Gymnasien und Berufsschulen, sie empfahl Kommilitonen mit schlechteren Zensuren, sich doch angesichts des NC lieber in anderen Bundesländern zu bewerben (was eine ganze Reihe gemacht hat), oder legte ihnen bereits vor Abschluß des Examen nahe, es doch lieber abzubereiten und nochmal zu wiederholen.

Subtiler sind die Methoden der Schulbehörde auch dieses Mal. So steht für die, die sich jetzt angemeldet haben, das "Angebot":

- beide Examensarbeiten in einem Rutsch ohne 4-Wochen-Pause, Einstellung zum fristgerechten Termin, 1.8.74
- 4-Wochen-Frist zwischen den Arbeiten, Einstellung zum 1.2.75

Könnte die Behörde im letzten Semester noch ohne viel Aufsehen die Sache "regeln", so sollen diesmal die Examenkandidaten den NC gleich selbst verwalten, indem genügend von uns "freiwillig" auf die Einstellung zum 1.8.74 verzichten.

## Studium · Examen · Referendariat - in wessen Interesse ?

Mit der Einführung des NC bekam das Examen neue Relevanz, die Zensuren aus den Examen waren ja ausschlaggebend für die Aufnahme ins Studienseminar. Die Angst vor schlechten Noten (und damit die Nichtverwertbarkeit als Lehrer in den Augen der Behörde) drängte die wichtigere Frage in den Hintergrund, ob dieses Examen in irgendeinerweise etwas über unsere Befähigung, den Lehrerberuf auszuüben, aussagt. Das Studium soll uns für unseren späteren Beruf als Lehrer qualifizieren, das Examen soll zeigen, ob die notwendige Qualifikation erreicht wurde.

Im Laufe unseres Studiums haben wir uns aber alle mehr oder minder gefragt, was wir mit dem, was wir studieren, als Lehrer eigentlich anfangen können:

Muß sich schon jeder allein mühsam diejenigen Fragestellungen erarbeiten, die er für die spätere Berufspraxis relevant hält, so ist dieser Ausgangspunkt für das Examen erst recht den individuellen Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten überlassen. Wer "Glück" hat, findet irgendwann im Laufe des Studiums ein paar Leute, die das gleiche Interesse haben und bereitet sich in diesem Zusammenhang vor, ansonsten aber ist das Examen eine völlig losgelöste Sache. Man denkt sich ein Thema aus, setzt sich ein paar Wochen hin und schreibt... So sagten uns denn auch fast alle befragten Prüflinge, daß - noch ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der angelegten Benotungskriterien - das Examen nichts über ihre Qualifikation

als Lehrer aussagen könne.

Denn was meinen Lehrerstudenten, die ihren späteren Beruf nicht nur als Job auffassen, wenn sie von Qualifikation sprechen? Sie wollen

- zum kritischen Denken erziehen
- in kleinen Klassen ohne Repression unterrichten
- bei den Schülern die Fähigkeit zur eigenständigen Bewältigung ihrer Probleme fördern, - sei es im Beruf, sei es in der Schule oder in ihrer sozialen Umwelt.

Hat unsere Universitätsausbildung, hat unser Examen nun einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen geleistet?

Viele Kommilitonen bejahen dies, haben sie sich doch semesterlang mit neuen Unterrichtsinhalten, mit Sprachbarrieren und kompensatorischer Erziehung beschäftigt. Haben wir aber diese Theorien daraufhin überprüft, was sie wirklich in der Schulrealität zu leisten vermögen? D.h. wurde untersucht, welche gesellschaftlichen Ursachen die Schulprobleme haben, auf die diese Theorien Antwort zu geben scheinen. Das ist gleichzeitig die Frage danach, ob solche Fragestellungen in von der Universität angebotenen Seminaren untersucht werden konnten, ob ihre Behandlung von uns doch durchgesetzt wurde, oder -wie wohl meist- eine "Privatbeschäftigung" neben dem Studium war.

Welche Funktion hat nun das Examen als Zwischenglied zwischen Studium und Beruf, wenn Examenkandidaten sagen, daß es über ihre Qualifikation nichts aussagt?

Sieht man sich mal die Maßnahmen des Staates an, die Universität (RPO), Examen (faktische Streichung der 4-Wochenfrist) betreffen, -im Studienseminar gilt sowieso das Beamtenrecht-, so ist ein Schluß nicht weit:

Wir als zukünftige Lehrer sollen von vornherein davon abgehalten werden, die Inhalte die uns angeboten werden, danach zu hinterfragen, ob sie die gesellschaftliche Wirklichkeit wiedergeben, ob sie diese Wirklichkeit wirklich verändern, wem diese Ausbildung eigentlich nützt und in welchem Interesse sie geschieht. Und wird dies im Studium nicht vollends erreicht, hat gerade das Examen die Funktion, zu prüfen, ob wir flexibel genug sind, um mit dem Wissen, was wir im Studium angehäuft haben, beliebig eingesetzt werden können, ohne uns darüber den Kopf zu zerbrechen, was wir da eigentlich verbraten.

Denn ein Lehrer in dieser Gesellschaft muß vor allem zwei Dinge beherrschen: er muß die bürgerliche Ideologie draufhaben und er muß diese Ideologie in der Schule an den Mann bringen können.

Und wenn der frischgebackene Referendar nach diesem Ablauf immer noch glaubt, eigenständig zu sein, so wird er im Studienseminar eines "Besseren" belehrt:

Wenn Referendare einen Diskussionsleiter wählen, über die inhaltliche Planung der Seminare diskutieren wollen, wird versucht, diese Forderungen mit dem Hinweis auf die Dienstzeit abzuwürgen, -und in der Dienstzeit hat man den Anweisungen der Vorgesetzten Folge zu leisten. Wenn die Referendare dann versuchen, außerhalb der Dienstzeit mit ihren Seminarleitern einen Termin zu machen, um diese Fragen zu klären, ist der Raum in der Schule wegen versicherungstechnischer Gründe nur dann zu bekommen, wenn diese Zeit als Dienstzeit ausgewiesen wird, - und in der Dienstzeit .... weiter s.o..

"Persönlich kann ich nichts dafür, aber die Dienstanweisungen", dies ein weiterer beliebter Hinweis, um Initiativen der Referendare abzublocken. Bei genauerem Nachfragen stellt sich heraus, daß diese Dienstanweisungen so schwammig formuliert sind ("Kann-Bestimmungen"), daß es im "persönlichen" Interesse des Seminarleiters liegt, was er gestattet oder nicht. Des weiteren werden Referendare diskriminiert, indem man ihnen ihr sechs-semestriges Studium vorwirft, man diffamiert sie als "Chaoten", man versucht, Kollegen dazu zu bringen, sie zu bespitzeln, man verschärft die Kontrolle der Unterrichtsvorbereitungen, an einer Unterrichtseinheit über Werbung wird kritisiert, daß sie die Arbeitgeberseite nicht genügend berücksichtige; wohl weil an einem Brief des Arbeitgeberverbandes an Werbefirmen gezeigt wird, wozu Werbung 'nützlich' ist, nämlich die Leute emotional zu verleiten, Sachen zu kaufen, die sie nicht brauchen.

## Von Prüfungsdruck und politischer Gesinnungsschnüffelei im Examen

Ein wesentlicher Aspekt unserer Komitee-Arbeit sollte sein: das Aufdecken von und der Kampf gegen politische Disziplinierung im Examen. So hieß es im Fragebogen: "..., zum anderen sollen Maßnahmen der Behörde wie politische Gesinnungsschnüffelei und verschärfter Leistungsdruck in den Prüfungen erfasst werden."

Eine Kommilitonin schrieb uns daraufhin einen Brief, in dem sie den Vorwurf politischer Gesinnungsschnüffelei an uns zurückgab, und die Ausfüllung des Fragebogens mit der Begründung ablehnte, er sei durch die eingangs postulierte Fragestellung unsachlich.

Betrachten wir, was sich in letzter Zeit im Bereich der Schulen und Hochschulen getan hat:

- Frank Behrens, Bremerhaven, 2. Staatsprüfung, Note 1 (vom Oberschulrat Ryfisch zunächst bestätigt), Thema: Arbeit, ein Unterrichtsprojekt im 3. Schuljahr, vom selben Schulrat etwas später: "Das Prüfungsamt hat festgestellt, daß ihre schriftliche Hausarbeit nur mit der Endnote 'Ungenügend' bewertet werden kann. Damit ist die Prüfung nicht bestanden". Grund: Verfassungsrechtliche Bedenken, da Lehrziel: Erkenntnis der Notwendigkeit der Befreiung von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.
- Werner Raith, München, PH-Assistentenstelle nicht verlängert, d.h. Übernahme ins Beamtenverhältnis verweigert. Grund: er habe keinen Willen gezeigt, sich zu habilitieren, Promotion in der falschen Fakultät. Werner Raith hatte: mit Studenten zusammengearbeitet, sich schon 1967 für Viertelparität ausgesprochen, Gruppenarbeiten vergeben, zum Streik aufgerufen, einen Verlag gegründet, dessen Programm und Bücher unter studentischer Mitarbeit zustande kam.

Diese Beispiele sprechen für sich: ein Lehrer, der Unterricht im Interesse der Schüler machen will, der sich gegen Lehrermangel, Raumnot, miese materielle Ausstattung oder gar gegen die vorgegebenen Inhalte wehrt, ist kein Lehrer, der den Anforderungen dieses Staates genügen kann. Und ein Lehrer, der sich bewußt auf die Seite der arbeitenden Bevölkerung stellt und sich aktiv für deren Interessen und die ihrer Kinder einsetzt, ist ein Lehrer, der für diesen Staat gefährlich wird, denn Kritik darf gesellschaftliche Konflikte, die ja auch in unserem kapitalistischen Musterland nun nicht mehr zu übersehen sind, lediglich als reparabile Schönheitsfehler einer harmonischen Ordnung darstellen, nicht aber dürft sie Konflikte als Ausdruck der inneren Widersprüchlichkeit dieses Gesellschaftssystems erklären.

#### WAS HABEN WIR NUN KONKRET IN DER PRÜFUNG ERFAHREN?

Vorweg muß gesagt werden, daß die Zahl der Fragebögen, die wir ausgefüllt zurückbekommen haben, gemessen an der Zahl der Examenkandidaten zu gering ist, als daß wir definitive allgemeine Aussagen über den Ablauf der Prüfungen machen könnten, jedoch zeigt sich zumindest die Tendenz zum verschärften Prüfungsdruck und zu Versuchen, die politische Gesinnung des Prüflings auf ihre "Brauchbarkeit" hin zu überprüfen. Die meisten Kommilitonen haben wohl noch die Erfahrung gemacht, daß die Prüfung relativ gut über die Bühne ging, daß ihnen - zumindest vom Uni-Prüfer - eher Hilfen gegeben als Schwierigkeiten gemacht wurden.

Aber es gab auch andere Fälle:

Wer von seinem Recht Gebrauch machte, die 4-Wochen-Frist zwischen den Arbeiten in Anspruch zu nehmen, sah sich in vielen Fällen unversehens mit der handfesten Drohung von Seiten der Schulbehörde konfrontiert, seine Einstellung zum fristgerechten Termin sei "leider nicht gewährleistet", wenn er nicht seinen Antrag auf Zwischenpause zurückzöge. Ebenso erging es manchen, die aus Krankheitsgründen eine Verlängerung beantragten. Die Bewertung der abgelieferten Arbeiten blieb für die meisten ein Geheimnis. Die Kriterien für die Zensuren wurden nicht bekanntgegeben oder waren völlig inhaltsleer. Die Einsicht in die Prüfergutachten wurde in den meisten Fällen nicht gewährt.

Für schlechte Zensuren wurden Gründe angegeben wie "sprachliche und methodische Mängel" wie bei einer Arbeit über das Montanmitbestimmungsgesetz, die eine genügende Qualifikation als Lehrer nicht gewährleisten. Merkwürdig nur, daß sich an dieses Urteil noch die Bemerkung anschloss, daß der Prüfling anscheinend mit dem Thema nicht zurechtgekommen wäre, sowie der "wohlmeinende" Rat, das nächste Mal doch nicht so ein politisches Thema zu wählen.

Auch die Begründung der "falschen Interpretation des Grundgesetzes" fehlte nicht. Vorgeworfen wurde es Prüflingen auch, daß sie "offensichtlich mit einer festen Meinung" an ihr Thema herangegangen wären.

Wie es scheint, ist es die Pflicht des Prüflings, eine Reihe "wichtiger (was warum wichtig ist, wird nirgendwo begründet) Werke durchzugehen und gestützt auf deren Ergebnisse sich eine "fundierte" Meinung zu bilden. Offenbar können sich die Herren von der Schulbehörde nicht vorstellen, daß man sich mal selbst Gedanken über ein Thema macht und sich unabhängig von der "wichtigen Literatur" ein anderes von den Geschehnissen erarbeitet als das vorgegebene und wohlervünschte.

Und was ist, wenn der Prüfling nun andere Literatur als relevant ansieht als der Prüfer? Da ist ein Forschungsergebnis bürgerlicher Historiker unumstößlich, während die Arbeiten von Friedr. Engels weder Forschungsergebnissen gleichkommen, noch daraus zitiert werden darf, ohne daß jeder Satz überprüft wird. So ist es auch nicht erstaunlich, daß in zwei Gutachten über historische Arbeiten kritisiert wird, daß die Prüflinge nicht von der herkömmlichen historischen Methode ausgehen, sondern von einer, die "als marxistisch bestimmt zu bezeichnen wäre", womit die Verfasser den "wissenschaftlichen" Ansprüchen nicht genügen, von "festen Vorurteilen ausgehen, die sie ungern überprüfen" und von daher zu Ergebnissen kommen, die dann 'einseitig', 'schief', 'unhistorisch', 'pauschal', 'wenig überzeugend', 'gewagt', 'unklar', 'abstrakt' oder 'widersprüchlich' sind.

In einem Falle wurde dem Prüfling eröffnet, seine Arbeit sei unter aller Sau, polemisch und viel zu ungenau, auch sei der Literaturapparat nicht genügend, daher könne die Arbeit nur mit 5 benotet werden.

Der Prüfling, als politisch engagiert bekannt, ließ sich jedoch durch solche "Argumente" nicht einschüchtern, sondern forderte offene Diskussion über die Zensur vor Zeugen, was ihm auch gelang durchzusetzen.

Es zeigte sich, daß fast alle Kritikpunkte auf inhaltlichen Differenzen beruhten, daß die Benotung zustande gekommen war durch unterschiedliche, teilweise konträre Standpunkte.

Der Prüfer sah sich gezwungen, eine bessere Note zu geben, so daß die Zulassung zur mündlichen Prüfung gegeben war. In dieser wurde der Prüfling auf seine politischen Ansichten in jeder Hinsicht abgeklopft. Da er aber zu seinen Ansichten fest stand und sie auch jeweils ableitete und begründete, wurde seine mündl. Prüfung mit einer sehr guten Note bewertet.

Als die mündlichen Prüfungen anliefen, waren wir zunächst in dem naiven Glauben, daß wir ohne weiteres dabeisein könnten.

Weit gefehlt!

Gleich beim ersten Mal wurde uns klar gemacht, daß wir schriftliche Anträge im Prüfungsamt spätestens einen Tag vor der Prüfung einzureichen hätten, unsere Personalien abliefern müßten, das schriftliche Einverständnis des Prüflings und das mündliche des Prüfers einholen müßten.

Da wir aber nun schon mal da waren und der Prüfling und Prüfer einverstanden waren, wollten wir uns nicht abwimmeln lassen.

Der Hinweis, daß der Prüfling uns ja vorher angemeldet hatte und daß wir uns auch jetzt noch ausweisen könnten, brachte Jepsen in Rage: dem Prüfling ginge das überhaupt nichts an.

Als einer von uns dann trotzdem mit in die Prüfung ging, erschien Jepsen nochmal, und bedeutete dem Schulrat: "auf Erpressung und ähnliches lassen wir uns hier nicht ein..."

Um ähnlichen Schwierigkeiten im weiteren zu entgehen, verfertigten wir Antragsvordrucke, mit denen die Leute, die an der Prüfung teilnehmen wollten, nur noch zum Prüfungsamt zu gehen bräuchten.

Die Prüfungsbehörde reagierte weiter hysterisch:

Versuche, die Öffentlichkeit abzulehnen, mehr als einer wurde gewöhnlich als Zuhörer nicht zugelassen, mitprotokollieren in der Prüfung war verboten: "Was der Prüfling hier gefragt wird ist für sie ja ohne Interesse" und "mitprotokollieren tue ich".

Bis auf wenige Ausnahmen mußten Prüfling und Zuhörer den Raum verlassen, wenn Prüfer und Schulrat über die Zensur berieten. Die Herzung der Öffentlichkeit -bistlang bei PI-Studenten nicht üblich und selten wahrgenommen- war der Prüfungsbehörde sichtlich unangenehm.

In den Prüfungen selbst zeigte sich verschärfter Leistungsdruck und Fragen, die darauf ausgerichtet waren, die politische Gesinnung des Prüflings zu erfahren. Es gab Prüfungen, die länger als üblich (30min.) dauerten, bis zu einer Stunde. Das hatte wiederum zur Folge, daß Examenkandidaten zwei, drei Stunden über ihren Termin hinaus warten mußten und dann entsprechend genervt in die Prüfung gingen.

Prüfer hielten sich nicht an abgesprochene Themen, sondern prüften darüberhinaus oder gar andere Themen (einen besonderen Sinn für solche Mätzchen hat Schwager!).

Der Uni-Prüferin Fischer wurde unmittelbar vor einer mündlichen Prüfung gesagt, daß ihre Zensur für die schriftliche Arbeit des Prüflings von der Behörde angezweifelt würde, so daß sie ganz konfus in die mündliche Prüfung ging.

In einem Fall übernahm der Schulrat gleich die ganze Prüfung, weil er zufällig vom Fach war (das ist gewöhnlich nicht der Fall, und man fragt sich ohnehin, woher nimmt der Schulrat die Kriterien für eine Beurteilung), in anderen Fällen griffen Schulräte massiv in die Prüfung ein (vor allem Zahn).

Besonders beliebt waren Fragen, wie man dies und jenes ganz konkret in die Praxis umsetzen könne (was machen Sie, wenn ihre Schüler eine Klassenarbeit verweigern?), was man angesichts der Trennung von Theorie und Praxis in unserer Ausbildung nur als Versuch werten kann, den Prüfling reinzureißen. Denn woher sollen wir das denn so ganz konkret wissen? In einzelnen Fällen wurde die Zensur durch solche Fragen bis auf vier runtergedrückt.

Weiterhin wurden Fragen gestellt, die vom Prüfling klare Stellungnahmen erforderten. Der Examenkandidat kommt dann in dem Moment in Konflikte, wenn diese Fragen Punkte berühren, an denen ein unlösbarer Widerspruch zwischen Behörde und Interessengruppen aus dem Volk vorliegen.

So zum Beispiel bei Fragen wie: "Was halten sie von Bürgerinitiativen?" oder "Was halten sie von der AKK?"

Stellt sich der Prüfling -wider allen Einsichten in die Rechtmäßigkeit der Forderungen gegenüber Behörde und Staat- auf die Seite der Behörde und redet von "Stabilitätspolitik" oder "klugen Abwägen" oder vertritt er die Forderungen von Eltern, Schü-



lern und Lehrern nach besserer Ausstattung in den Schulen, nach mehr Lehrern, nach wirklichkeitsentsprechenden Lehrinhalten? Und was sagt man auf Fragen wie: "Wie meinen sie, sind die Mängel in unserem Staat zu beheben?"

Sagt man "Briefchen schreiben, Petitionen usw." entgegen der Einsicht, daß die Behörde letztendendes nur die Interessen derjenigen vertritt, die das Moos an den Füßen haben und daß die arbeitende Bevölkerung um+jede, auch noch so geringe Verbesserung ihrer Lage kämpfen muß, ihre Interessen gegen den Staat durchsetzen muß?!

Angesichts des Protokolls der Seminarleiterkonferenz, in der Jepsen, Neckel, Apel und Co. offen zur Gesinnungsschnüffelei aufrufen, wäre es ein Augenverschließen, wenn wir solche Fragen nicht als das ansehen, was sie sind: der Versuch, rauszufinden, auf welcher Seite der Prüfling steht, ob er als treuer Diener der Behörde brauchbar ist.

Die Anforderung der Examensarbeiten vom letzten Semester zur nochmaligen Durchsicht durch die Behörde und die Aufforderung von Uni-Prüfern, von brisanten Themen(und brisant ist alles, was die wunden Punkte in unserer Gesellschaft berührt) die Finger zu lassen, sind ein weiteres Indiz dafür, in welche Richtung die Prüfungen gehen: Diejenigen aussortieren, die die Mißstände in unserer Gesellschaft, gerade auch an den Schulen, nicht passiv hinnehmen wollen.

# Angesichts dieser Lage ist es klar:

Kampf für die Beibehaltung der 4-Wochen-Frist und Einstellung aller zum 1.8.74 ist unbedingte Notwendigkeit, aber dort darf die Auseinandersetzung um das Examen nicht aufhören. Er kämpfen wir uns die 4 Wochen, so sind damit der NC am Studienseminar, die politische Gesinnungsschnüffelei und Disziplinierung im Examen (und auch danach im Studienseminar) noch keineswegs beseitigt. Die Erhaltung der 4-Wochen-Frist kann daher eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen nicht ersetzen.

Wie wir im letzten Semester gesehen haben, haben viele Examenskandidaten für ihre Hausarbeiten und mündlichen Prüfungen Themen gewählt, die sich mit gesellschaftlichen Zusammenhängen auseinandersetzen, Themen, die für die konkrete Berufspraxis eine Vorbereitung sein sollten - und das ist auch der einzig richtige Ansatz, denn was nützen uns breite Auseinandersetzungen mit Fröbel, Spranger & Co, wenn wir einen Unterricht machen wollen, der sich an den wirklichen Interessen der Schüler orientiert, der ihre Selbsttätigkeit wecken soll, statt sie in Lethargie versacken zu lassen, wir aber andererseits in der Schulpraxis auf Formen und Inhalte verpflichtet werden sollen, die dies nicht leisten.

Gehen wir so an das Examen heran, werden Konflikte aber sehr wahrscheinlich unausweichlich sein. Deshalb gilt es, die Diskussion um die vielen fortschrittlichen Ansätze breit zu führen, möglichst viele Leute mit Absicht und Inhalt der Arbeiten bekannt zu machen, damit möglichst niemand eventuelle Konflikte isoliert auszutragen hat, sondern breite Unterstützung im Rücken hat. Deshalb gilt es, die Forderung nach absolut freier Meinungsäußerung massiv zu vertreten, die Offenlegung der Benotungskriterien für die Hausarbeiten und uneingeschränkte Öffentlichkeit der mündlichen Prüfungen durchzusetzen. Zusammengefaßt also, eine breitestmögliche öffentliche Kontrolle über das Examen auszuüben, denn nur dadurch können wir der Taktik der individuellen Einschüchterung begegnen,

Das alles ist aber nur erreichbar, wenn alle Examenskandidaten aktiv und gemeinsam an diese Sachen herangehen und konkrete Schritte zu ihrer Durchsetzung ausarbeiten. Im Interesse größtmöglicher Geschlossenheit sollte dies im Rahmen der Examensgruppe geschehen, die sich in diesem Semester bereits zusammengefunden hat. Die Diskussion um das weitere Arbeitskonzept dieser Gruppe ist noch nicht abgeschlossen, für ihre Arbeit braucht sie die Vorschläge, Initiativen und Mitarbeit möglichst vieler Examenskandidaten und Studenten, damit die Arbeit in den nächsten Semestern kontinuierlich weitergehen kann und nicht ständig wieder Anlaufschwierigkeiten entstehen.

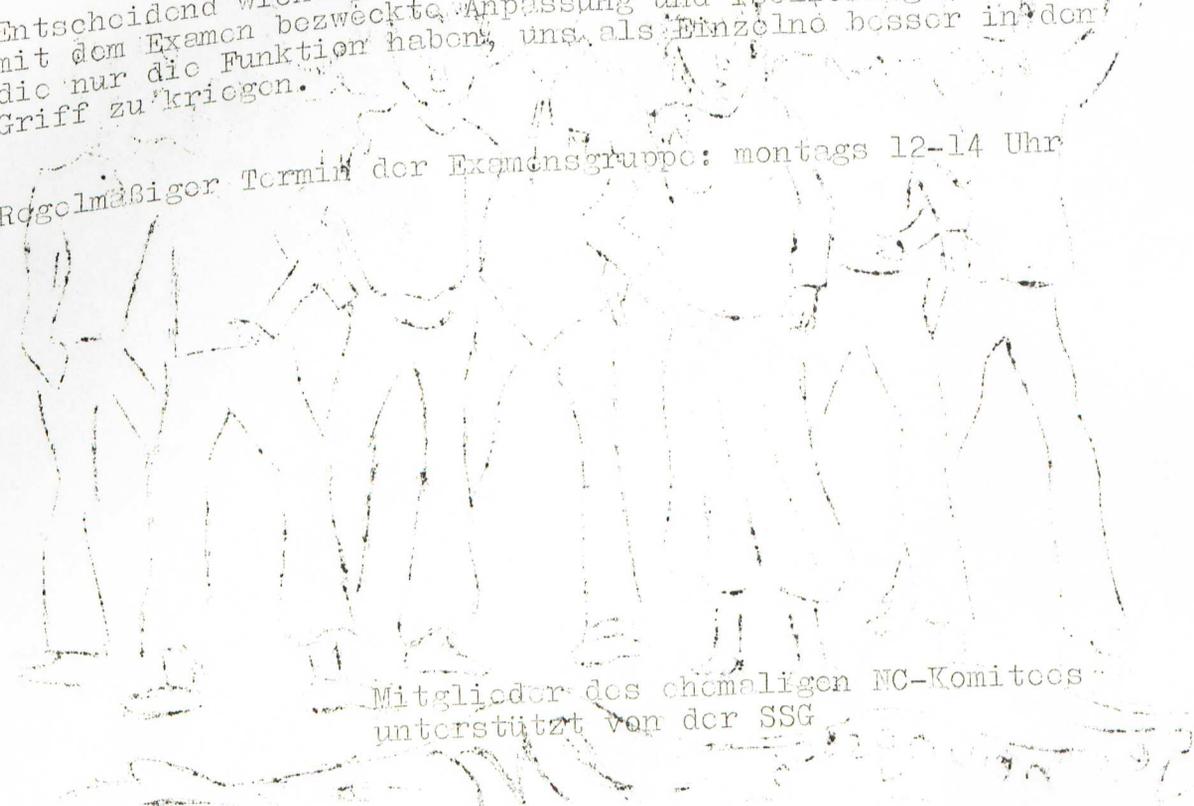
Unserer Meinung nach müssen in der Examensgruppe neben den oben angegebenen Schwerpunkten die Fragen des NC am Studien-

Seminar und was wir dagegen tun können, diskutiert werden. Weiterhin sollten wir uns mit der Situation am Studienseminar auseinandersetzen, klären, was uns als Referendare so alles erwartet, auf was und wie wir uns vorzubereiten haben.

Für die Arbeit entlang den einzelnen Themen sollten im Rahmen der Examensgruppe Kleingruppen gebildet werden, da die Diskussion dort intensiver zu führen ist. Aus Hauptseminaren, Prüferkolloquien heraus oder aufgrund eines gleichen Themenkomplexes könnten diese Gruppen zusammengestellt werden.

Entscheidend wichtig für jeden Schritt ist es aber, daß wir die mit dem Examen bezweckte Anpassung und Isolierung durchbrechen, die nur die Funktion haben, uns als Einzelne besser in den Griff zu kriegen.

Regelmäßiger Termin der Examensgruppe: montags 12-14 Uhr



Mitglieder des ehemaligen NC-Komitees  
unterstützt von der SSG

Vorantw: G. Wagner  
Erscheinungsdatum: 29.10.73  
Auflage: 1000  
Eigendruck

für freie politische Meinungs-  
äußerung auch im Examen!

...



für freie politische Meinungs-  
äusserung auch im Examen!